

## **Ratssitzung vom 01.04.2019**

### **Auf Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Resolution "Hilfe für Bootsflüchtlinge - für eine humanitäre und menschenwürdige Behandlung von Schutzsuchenden in Seenot"**

Die Seenotrettung im Mittelmeer ist unverändert ein ernstes Thema der europäischen Politik. Im Jahr 2018 sind mindestens 2.275 Menschen bei dem Versuch ertrunken, auf dem Wasserweg Europa zu erreichen. Diese Situation kann nicht hingenommen werden – und ist auch mit den humanitären Grundsätzen der EU unvereinbar.

Deshalb wird es begrüßt, dass in den vergangenen Monaten zumindest in Akutfällen Wege gefunden werden konnten, um Schiffe in Häfen anlanden zu lassen und die darauf ankommenden Flüchtlinge in Staaten der EU zu verteilen. Diese Vorgehensweise darf aber nicht allein die gängige Praxis bleiben, sondern die europäischen Staaten müssen – wie von der Bundesregierung unterstützt – zu einem geregelten System der Verteilung von Seenotflüchtlingen kommen. Auch die Stadt Hildesheim soll hierbei ihren – im Vergleich zum Gesamtproblem kleinen, aber gleichwohl wichtigen – Teil leisten.

#### Der Rat der Stadt Hildesheim fasst vor diesem Hintergrund die folgende Resolution:

1. Der Rat der Stadt Hildesheim setzt sich für eine Flüchtlingspolitik ein, die von Humanität, Menschenwürde und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit gekennzeichnet ist. Es ist verantwortungslos und inakzeptabel, dem Tod zahlloser Menschen auf dem Mittelmeer zuzuschauen und so faktisch Abschreckung als ein zulässiges Mittel von Politik zuzulassen.
2. Daher ist es geboten, eine Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen in den Staaten der Europäischen Union zu ermöglichen, damit ihr Antrag auf Asyl in einem rechtsstaatlichen Verfahren geprüft und darüber entschieden werden kann. Dafür ist ein Verteilmechanismus notwendig, der von vielen europäischen Ländern akzeptiert und angewandt wird. Die Anstrengungen der Bundesregierung auf diesem Weg werden ausdrücklich begrüßt.
3. Die Stadt Hildesheim hat sich bereits bislang davon leiten lassen, Flüchtlinge angemessen und menschenwürdig aufzunehmen, ihnen Unterkunft zu gewähren und sie zu betreuen – in gutem Zusammenwirken mit dem vorhandenen Netzwerk von haupt- und ehrenamtlichen Aktiven und Institutionen. Die Stadt Hildesheim ist auch weiterhin bereit, in dieser Weise ihren Teil zu einer verantwortungsvollen Flüchtlingspolitik zu leisten und Seenot- und andere Flüchtlinge, die vom Land Niedersachsen innerhalb festgesetzter Kontingente zugewiesen werden, unterzubringen und ihnen Betreuung und Beratung zukommen zu lassen.

### **Verhandlungen zwischen den kreisangehörigen Kommunen des Landkreises Hildesheim und dem Landkreis Hildesheim über die Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung (Kita-Vertrag)**

#### Mehrheitlich beschlossen wurde:

Der Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung in Verbindung mit den „Verbindlichen Erläuterungen zur Auslegung des sogenannten Kita-Vertrages“ wird grundsätzlich zugestimmt.

Die Zustimmung erfolgt in der Erwartung, dass auskömmliche Regelungen zur Investitionskostenbeteiligung des Landkreises vorgelegt werden und der Vertrag mit Blick auf die Einheitlichkeit und Vollständigkeit der Regelungen nochmals überarbeitet wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat rechtzeitig vor Ablauf des Sonderkündigungsrechtes (31.08.2019) den Verhandlungsstand zu der Investitionskostenbeteiligung des Landkreises zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen.

Für den Fall einer insgesamt für die Jahre 2020 ff unauskömmlichen Haushaltssituation behält sich die Stadt Hildesheim die Kündigung des Kita-Vertrages vor.

**Zustimmung zur Erhöhung einer außerplanmäßigen Ausgabe; hier: Inklusionsgerechter Zugang Steingrube "19A - Das Gemeinschaftshaus"**

Die Johannishofstiftung ist Eigentümerin des Gebäudes „19 A – Das Gemeinschaftshaus“. Hierbei handelt es sich um ein Lokal, welches Menschen mit Beeinträchtigungen einen Arbeitsplatz mit einer speziellen Qualifizierung im Bereich Gastronomie bietet. Der Inklusionsgedanke umfasst aber auch die Besucherinnen und Besucher. Es ist somit erforderlich, dass sowohl die Besucherinnen und Besucher als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Außen- und Innenbereiche barrierearm erreichen können. Aus diesem Grund sind die Terrasse und die Treppenanlage entsprechend umzugestalten und eine Rampe in die Treppenanlage zu integrieren. Der Rat der Stadt Hildesheim hat der außerplanmäßigen Ausgabe i.H.v. 74.000,00 Euro zur Errichtung der Treppen-Rampen-Anlage zugestimmt

Ende 2018 / Anfang 2019 hat sich in weiteren Gesprächen mit dem für die Planung zuständigen Ingenieurbüro und der Geschäftsführung herausgestellt, dass eine Erhöhung der Baukosten für die Gesamtmaßnahme erwartet wird. Diese ergibt sich aus den Qualitätsansprüchen an die Rampe. Daher war eine erneute Prüfung der Angebote von Anfang 2018 erforderlich, die eine notwendige Korrektur nach oben ergab.

Die Anfang 2018 skizzierten Baukosten i.H.v. rd. 115.000,00 Euro sind auf rd. 146.000,00 Euro gestiegen. Hierbei sind vor allem die Betonkuben für die große Rampenanlage ein hoher Kostentreiber, da es sich dabei um Sonderanfertigen in einer bestimmten Betonqualitätsklasse handelt.

Die förderfähigen Kosten steigen von rd. 104.000,00 Euro auf rd. 135.000,00 Euro an. Die Stadt Hildesheim gewährt weiterhin im Rahmen eines zu schließenden Stadtumbauvertrags eine Förderung i.H.v. 75 %, wodurch die Fördersumme von 74.000,00 Euro auf max. 101.000,00 Euro steigt. Die bisher beschlossene, außerplanmäßige Ausgabe steigt somit um 27.000,00 Euro an.

Die Fördersumme wird zu  $\frac{2}{3}$  (rd. 68.000,00 Euro) durch Fördermittel von Bund/Land und zu  $\frac{1}{3}$  (rd. 33.000,00 Euro) von der Stadt Hildesheim getragen. Im Ausnahmefall (zuletzt 2017 und 2018 der Fall) gewährt der Fördergeber eine abweichende Förderquote von 90 %.

**Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe; hier: Umbau der Bäko-Halle zu einem Stadt- und Museumsdepot**

Die Stadt Hildesheim plant derzeit den Umbau des ehem. Bäckereilagers der Bäko in ein Stadt- und Museumsarchiv. Das Gebäude ist aufgrund der massiven Bauweise sowie der ausreichenden Größe und des daraus resultierenden Synergieeffekts, Magazinräume des Stadtarchives und des Roemer- und Pelizaeus-Museum (RPM) der Stadt Hildesheim in einem Gebäude unterzubringen, besonders gut geeignet.

Für die Umsetzung des Projektes sind gegenwärtig im Haushaltsjahr 2018 Planungskosten und im Haushaltsjahr 2019 Baukosten bereitgestellt.

Zusätzlich zu den bereits veranschlagten Maßnahmen beabsichtigt die Verwaltung unter Inanspruchnahme eines Programms des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung zur Förderung von Maßnahmen der Energieeinsparung und Energieeffizienz bei öffentlichen Trägern sowie Kultureinrichtungen, die Energieeffizienz und die Klimaverträglichkeit bei deutlicher Optimierung der klimatischen Lagerbedingungen zu verbessern.

Eine von der TU Braunschweig im Herbst vorgenommene thermische Simulation des Gebäudebetriebs ergab, dass eine natürliche passive Klimatisierung gemäß dem „Schleswiger Modell“ für die Halle umgesetzt werden kann. Die für die Unterbringung der Archivalien und Exponate besonders wichtige Einhaltung klimatischer Vorgaben wird dabei vor allem durch die Massivität und den mehrschichtigen, gedämmten Aufbau der Außenwände bei geringer kontrollierter Belüftung erreicht. Zusätzlich muss die Dämmung des Daches deutlich verbessert werden. Bei Umsetzung dieser Maßnahmen kann auf eine kosten- und energieintensive Voll-Klimatechnik verzichtet werden. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird um 73 t CO<sub>2</sub> pro Jahr gesenkt und der Energiebedarf des Gebäudes um 30 % reduziert.

Die Umsetzung der innerhalb der Simulation herausgearbeiteten Maßnahmen würden eine Erhöhung des Baubudgets von rund 1,0 Mio. Euro ausmachen. Hiervon sollen rund 700.000,00 Euro über eine entsprechende Beantragung von Fördermitteln gedeckt werden. Der dafür erforderliche Antrag wurde Ende letzten Jahres bereits gestellt. Die Verwaltung geht von guten Förderaussichten aus. Laut aktueller Auskunft des Fördermittelgebers ist mit einer endgültigen Entscheidung über den Erhalt von Fördermitteln indes erst Ende des Jahres 2019 zu rechnen.

Die Entscheidung über die Bewilligung der Fördermittel kann jedoch nicht abgewartet werden, da ansonsten das Projekt nicht rechtzeitig umgesetzt werden kann. Das Mietverhältnis für das Hauptaußenlager in der Wachsmuthstraße würde sich um weitere 10 Jahre verlängern, was erhebliche Mehrbelastungen durch die Mietzahlungen zur Folge hätte. Daher muss die Umsetzung des Projektes beginnend ab Mitte des Jahres 2019 bis spätestens Sommer 2020 erfolgen, um den Mietvertrag fristgerecht zum Ende 2020 kündigen zu können. Der vorzeitige Maßnahmenbeginn kann mit dem Fördermittelgeber vereinbart werden.

Da die Investitionsmaßnahme im Investitionsprogramm der Stadt Hildesheim eingeplant ist, liegt hier eine überplanmäßige Ausgabe vor, die vom Rat zu genehmigen ist.

### **Umbau Hauptbahnhof Hildesheim; hier: Einbindung eines Lichtkonzeptes für die Bahnhofspassage zur Nordstadt**

Die Deutsche Bahn AG plant die Sanierung des über 80 Meter langen Fußgängertunnels und von Treppenaufgängen im Hauptbahnhof Hildesheim. Für die Sanierung der Wände müssen die vorhandenen Vorhangfassaden entfernt und erneuert werden. Im Zuge der Sanierung hat die Bahn die Stadt darüber informiert, dass es bei der Wiederherstellung möglich wäre, durch eine spezielle Lichtinstallation und Wandgestaltung einen einmaligen Wiedererkennungswert für Bahnreisende in Hildesheim zu schaffen. Allerdings ist die Installation mit Zusatzkosten von 400.000,00 Euro verbunden, welche die Stadt Hildesheim als Investitionskostenzuschuss als Baukostenbeitrag übernehmen müsste.

Die städtebauliche Aufwertung der Verbindung Innenstadt – Nordstadt ist aus Sicht der Verwaltung wünschenswert. Die Gestaltung des Fußgängertunnels ist einer der ersten Eindrücke, die Bahnreisende von Hildesheim erhalten. Eine optische Aufwertung würde sich in die bereits neu gestalteten Bereiche Eingangshalle, ZOB und Bernwardstraße einfügen und die gestalterische Aufwertung des „Einganges zur Stadt“ in dem Bereich abrunden. Aufgrund der einmaligen Möglichkeit der Präsentation der Stadt in den nächsten Jahrzehnten empfiehlt die Verwaltung, die Zahlung eines solchen Zuschusses zu beschließen.

Der Rat der Stadt Hildesheim ist grundsätzlich damit einverstanden, dass die Stadt Hildesheim sich finanziell an einer optischen Umgestaltung und Aufwertung des Verbindungstunnels ZOB – Nordstadt der DB beteiligt. Die Verwaltung wird daher beauftragt, mit Vertretern der DB eine Vereinbarung zu fassen und sich über folgendes zu verständigen:

- Erstellung eines Entwurfes, der optisch ansprechend und wirtschaftlich nachvollziehbar ist und sich aus verschiedenen Modulen (Lichtgestaltung, Nordausgang etc.) zusammensetzt

- Höhe des Baukostenzuschusses anhand der Entwurfsplanung und Kostenschätzung; erwartet wird dabei eine angemessene Beteiligung der DB an den entstehenden Mehrkosten
- Zuständigkeit und Kostenübernahme der regelmäßigen Unterhaltung sowie bei Instandsetzung bei Schäden (z.B. durch Vandalismus) durch die DB
- Verbesserung der Eingangssituation auf der nördlichen Seite im Zuge der Umbauarbeiten
- der Rat erwartet Erläuterungen zur Feuchtigkeitsproblematik im Bahnhofsbereich

Das Ergebnis der Verhandlungen und, soweit eine Vereinbarung zustande kommt, die jeweiligen Planungsschritte sind im Fachausschuss vorzustellen. Die Vereinbarung nebst Entwurfsplanung und Kostenübersicht wird dem Rat erneut zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt. Sollte bis zur ersten Ratssitzung nach der Sommerpause keine Einigung erzielt werden können sieht die Stadt von einer Kostenbeteiligung ab.

Über den ausgehandelten Investitionszuschuss ist dem Rat ein Deckungsvorschlag aus dem Haushalt 2019 vorzulegen

### **Sachstandsbericht zur Hochwasserkooperation und Beschlussfassung**

Im Juli 2017 hat die verheerende Dauerregenlage im Harz und Harzvorland in mehreren Kommunen zu katastrophalen Auswirkungen geführt. Durch die hervorgehenden Hochwasserabflüsse entlang des Einzugsgebiets der Innerste sind erhebliche Sach- und Gebäudeschäden mit hohen finanziellen Folgen entstanden.

Aus diesem Grund beabsichtigen die Städte Hildesheim und Salzgitter sowie die Landkreise Hildesheim und Goslar sich zur Hochwasser-Gebietskooperation zusammenzuschließen, um gemeinsam die Hochwasser-Problematik anzugehen. Es wird damit das Ziel verfolgt, Hochwasserschutzmaßnahmen entlang der Innerste, für den Bereich von der Talsperre bis zur Einmündung in die Leine, mit allen Nebengewässern zu realisieren.

Die Kooperationspartnerinnen und -partner wollen einen Hochwasserschutzverband als Wasserverband nach gültigem Wasserrecht gründen. Dieser hat die Aufgabe, Hochwasserrückhaltebecken für die Innerste und Nebengewässer herzustellen, dauerhaft zu unterhalten und zu betreiben. Damit werden Retentionsflächen geschaffen, die beim Bau von weiteren Hochwasserschutzmaßnahmen als Ausgleich gebraucht werden.

Das Land Niedersachsen gewährt der Gebietskooperation ab 2019 einen Gesamtbetrag von voraussichtlich zunächst 25 Mio. Euro, d.h. 5 Mio. Euro pro Jahr für 5 Jahre. Dieser Betrag kann durchaus in den Folgejahren erhöht werden. Diese Förderung stellt eine 80%ige Beteiligung an den Planungs-, Personal-, Geschäfts-, Sach- und Baukosten für die Rückhalteräume dar. Die restliche Finanzierung in Höhe von 20 % verteilt sich wie folgt:

Stadt Hildesheim: 25 %, Stadt Salzgitter: 5 %, Landkreis Goslar: 15 %, Landkreis Hildesheim: 55 %. Dauerhaft anfallende Kosten z.B. für Unterhaltungsarbeiten sind jährlich wie folgt aufzubringen: Stadt Hildesheim: 25.000,00 Euro, Stadt Salzgitter: 5.000,00 Euro, Landkreis Goslar: 15.000,00 Euro, Landkreis Hildesheim: 55.000,00 Euro

Um die Hochwasserschutzkooperation zu gründen, wurde eine entspr. Beschlussfassung gefasst.

**Sachstandsberichte gab es zur Schulentwicklungsplanung für die allgemeinbildenden weiterführenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim sowie zur Ausbauplanung der Kinderbetreuung in der Stadt Hildesheim.**

**Außerdem wurden Ehrenbeamten der Hildesheimer Ortsfeuerwehren berufen.**